Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und für Auswärtige die Postanstalten entgegen. – Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 55.

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postscheck-Konto: Amt Leipzig Nr. 1909

Nr. 50 | Donnerstag, den 28. Februar 1924 | 19. Jahrgang

Reichstag.

Die Fortsetzung der großen politischen Aussprache.

Die erste Lesung des Notetats und der 48 Anträge der Parteien auf Aufhebung bzw. Abänderung der auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen wird fortgesetzt.

Abg. Ivos (Zentr.) gibt zu, daß die Maßnahmen der Regierung verständlich seien, aber die Volksvertreter, die alle Wirkungen dieser Maßnahmen im Volke draußen unmittelbar zu spüren bekämen, könnten nur sehr schwer die von der Regierung gewünschte Zurückhaltung üben. Das Ermächtigungsgesetz sei ein ungewöhnlicher Vorgang gewesen, aber der Erlaß des Gesetzes habe sich notwendig gemacht, weil der Lebenswille der Nation über den tüftelnden Verstand habe siegen müssen. Den verminderten Löhnen und Gehältern gegenüber seien die Preise für den Lebensunterhalt noch viel zu hoch.

Reichsjustizminister Emminger gab eine Uebersicht über die Tätigkeit seines Ressorts unter dem Ermächtigungsgesetz. Nur unter großen Bedenken sei er den Entlastungsvorschlägen des Reichsgerichts gefolgt. Schwer war die Erzielung von Ersparnissen im Strafprozeß. Die Landesjustizverwaltungen haben wiederholt erklärt, daß mit den heutigen finanziellen Mitteln eine geordnete Strafrechtspflege nicht möglich sei. Volksgesundheit und Volksbildung, erklärte der Minister, seien aber ebenso wichtig, wie Strafrechtspflege. Sie hätten sich auch gleichmäßige Einschränkungen in der unerhörtesten Form gefallen lassen müssen. Die Ablehnung der dritten Steuernotverordnung würde eine neue Inflation herbeiführen. Das Reichsgericht werde sich sicherlich den Erfordernissen der Stunde nicht entziehen. Ideal sei die gefundene Lösung nicht, aber die Erhaltung der Wirtschaft verlangte eine rasch Lösung.

Abg. Scholz (D. Vp.) weist auf die große Zahl der Verordnungen hin und warnt vor einer endlosen unfruchtbaren Reichstagsdebatte. Es dürfte hiermit der Eindruck erweckt werden, als ob eine Henne wochenlang ein Ei begackere, das sie nicht einmal selbst gelegt habe. (Heiterkeit.) Es wäre zu begrüßen, wenn der Reichstag den Mut fände, sein Ende selbst herbeizuführen. Das würde ihm etwas Kredit wiedergewinnen. In der Schuldfrage verlangen wir, daß die Propaganda kräftiger behandelt würde, von der Regierung. Sie sei der Angelpunkt für die Revision von Versailles. In vorderster Linie müsse für uns die Befreiung von Rhein und Ruhr stehen. Redner wendet sich hierauf den Nöten der Landwirtschaft zu und widmet dem verstorbenen Abgeordneten Dr. Rösicke unter der lebhaften Zustimmung des Hauses Worte des Gedenkens. Unter Bezug auf den Personalabbau und die Beamtenfragen erklärte der Redner, wenn man den Beamten mehr Arbeit zumute, müsse man sie auch besser bezahlen. Auch die Kriegsbeschädigten müßten besser gestellt werden. Die volksparteiliche Fraktion habe schwere Bedenken gegen die völlige Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes, besonders in Sachsen.

Abg. Dr. Herpt (Dn.) führt aus: Der Reichskanzler habe in seiner Erklärung die auswärtige Politik nur flüchtig berührt. Hätte aber nicht, um nur eins hervorzuheben, die vor einigen Tagen vom englischen Minister Henderson gehaltene Rede gerade dem Reichskanzler persönlich und nicht nur dem Außenminister Anlaß geben sollen, sich auch seinerseits darüber auszusprechen? Der Reichstag liegt für uns in den letzten Zügen. Er könnte nach unserer Auffassung gar nichts Besseres tun, als sich selbst nach Hause zu schicken. In Schönheit zu sterben, das wäre die wichtigste Aufgabe für diesen Reichstag, nicht aber, sich zu überleben. Bezüglich des Ausnahmezustandes, erklärte der Redner weiter, könne er nur das unterschreiben, was Abg. Scholz sagte. Auf deutschnationaler Seite habe man durchaus Verständnis für die militärischen Gründe, aus denen Herr v. Seeckt den Ausnahmezustand aufheben wolle. Aber hier entscheide nicht allein die militärische Seite, sondern die Regierung müsse sich aus der Stimmung der Bevölkerung heraus orientieren, und das Volk habe bereits gesprochen. In Sachsen und Thüringen sei der Terror der dort überall vor dem Eingreifen der Reichswehr an der Tagesordnung war, verschwunden. Dieser Terror dürfe nicht wiederkommen. Der Redner verlangte dafür die Beseitigung des Gesetzes zum Schutz der Republik und des Staatsgerichtshofes.

Die Wahlkreiskonferenz der Sozialdemokratischen Partei in Harburg hat den Oberpräsidenten Noske zum Reichstagskandidaten gewählt. Noske hat die Kandidatur angenommen.

Das englische Pfund notierte gestern nachbörslich in Paris 104,75, der Dollar 21,38.

Weber und Poehner vor den Richtern.

Ueber die Vormittagsverhandlungen am Mittwoch berichtet das Wolffbüro:

In der Vormittagssitzung wurde zunächst seitens der Verteidigung die Frage an Hitler gerichtet, ob zu irgendeinem Zeitpunkt eine Besprechung mit den einzelnen Parteien stattgefunden habe, wobei die Rede davon gewesen sei, daß ein Direktorium Hitler-Ludendorff als Konkurrenzunternehmen gegen Kahr-Lossow-Seißer beabsichtigt sein solle. Hitler verneinte dies.

Darauf wurde in die Vernehmung des Angeklagten

Dr. Weber

eingetreten. Der Angeklagte, Vorsitzender des Bundes Oberland, legte dar, daß das Ziel des Bundes Brechung des Versailler Vertrages, Ueberbrückung der Klassengegensätze und Schaffung eines großen deutschen Vaterlandes gewesen sei. Der Kampfbund habe sich von jeder Parteipolitik ferngehalten. Es habe für den Bund festgestanden daß die Befreiung Deutschlands von Bayern aus in die Wege geleitet werden müsse. Auf die Frage des Vorsitzenden, was in der grundlegenden Sitzung vom 6. November v. Kahr vorgetragen habe erklärte Dr. Weber, der Sinn der Ausführungen von Kahrs sei der gewesen, daß er entschlossen wäre, die schwarz-weiß-rote Frage von Bayern aus in Bewegung zu setzen. v. Lossow habe ausgeführt, daß die Reichswehr unbedingt hinter dem Staatskommissar stände und entschlossen sei, jeder Weisung von ihm nachzukommen. Eine zuverlässige Mitteilung über die Stellung v. Kahrs habe er niemals gehabt. Bei der Besprechung am 6. November habe v. Kahr bemerkt, daß die Vorbereitungen ziemlich restlos getroffen seien. Lossow habe ausdrücklich gesagt: Ich will ja selbst nach Berlin marschieren. Ein Verteidiger stellt hierauf fest daß General Lossow gesagt haben soll, er werde marschieren aber nur wenn eine 51prozentige Sicherheit des Erfolges bestehe, was Dr. Weber bestätigt.

Zu einem Zusammenstoß zwischen der Verteidigung und der Staatsanwaltschaft kam es, als der Staatsanwalt an Dr. Weber die Frage richtete, ob ihm bekannt sei, daß Ludendorff in norddeutschen Offizierkreisen nur wenig Resonanz habe. Die Stellung dieser Frage rief Unruhe und Zwischenrufe im Saale hervor. Die Bemerkung eines Verteidigers, daß diese Frage eine unerhörte Beleidigung des deutschen Offizierkorps in sich schließe und schärfste Zurückweisung erfordere, wurde mit Bravorufen aufgenommen. Der Vorsitzende verbat sich solche Kundgebungen.

Zu Beginn der Nachmittagsverhandlung wurde der frühere Münchener Polizeipräsident

Poehner

vernommen. Er gab zunächst ein Bild seiner grundsätzlichen Einstellung als ehemaliger königlicher Offizier und sagte, als Polizeipräsident sei er in Fühlung getreten mit den Führern der vaterländischen Bewegung, deren Vertrauen er besessen habe. Die Fühlung mit Kahr habe er aufrecht erhalten, wenn auch die Beziehungen zwischen ihm und Kahr allmählich ganz aufgehört hätten. Er habe sich gegen Anregungen von verschiedenen Seiten, mit Kahr, als er Generalstaatskommissar geworden war, wieder zusammen zu arbeiten, ablehnend verhalten, weil er von seiner Entschlußkraft in schwierigen Lagen gezweifelt habe. Sein Zusammentreffen mit Kahr sei veranlaßt gewesen durch einen dahingehenden Wunsch des Kapitänleutnants Ehrhardt. Pöhner habe Ehrhardt am 29. September zu sich gebeten, wobei Ehrhardt geäußert habe, es würde jetzt doch ernst mit dem Marsch gegen Berlin, und Pöhner müßte sich zu diesem Zweck mit Kahr wieder ins Einvernehmen setzen. Ehrhardt sei sehr daran gelegen gewesen, daß er, wenn er mit seinen Formationen im Norden Bayerns Aufstellung nehme, die Gewißheit habe, daß das Gebiet in einer Hand sei. Ehrhardt sei etwa Mitte Oktober zu ihm gekommen und habe geäußert, daß die Aktion nicht vorwärts gehe. Er bat Pöhner, eine Unterredung mit Hitler zu vermitteln. Diese Unterredung fand am 7. November statt, ohne zu einem Ergebnis zu führen. Am 8. November früh sei er dann von Hitler besucht worden, der ihm gesagt habe, daß nunmehr eine Aktion gegen Berlin notwendig sei. Hitler entwickelte in dieser Besprechung seine Pläne.

Hierauf gab Pöhner eine Schilderung der Vorgänge im Bürgerbräukeller, wobei er hervorhob, daß Kahr über die Vorgänge äußerst empört war und sagte, Hitler hätte noch 8—10 Tage warten sollen. Auf Ludendorffs Antrag habe er sich sofort an Kahr gewandt und ihn gebeten, er möge in dieser Schicksalsstunde das tun, was alle sehnsüchtig von ihm erwarteten. Kahr habe sich aber ablehnend verhalten. Ludendorff habe nun auf Lossow eingesprochen, der zuerst eine ganz neutrale Haltung eingenommen habe, schließlich aber seine Zustimmung gab. Pöhner sei die Einwilligung Lossows eine Erlösung gewesen. Oberst Seißer habe, ohne ein Wort zu verlieren, sofort freudig eingeschlagen.

Am 9. November habe dann Kahr mitgeteilt, er habe bereits ein Kreistelegramm aufgegeben des Inhalts, daß er als Statthalter die bayrische Regierung in seinen Händen habe. Um 4 Uhr morgens habe Chefredakteur Görlich ihm telephoniert, er habe vom Verlagsdirektor der „Münchener Zeitung" die Nachricht erhalten, daß das Erscheinen der Morgenzeitungen durch einen Erlaß des Generalstaatskommissars bei Todesstrafe verboten sei. In diesem Augenblick sei ihm klar geworden, daß hier falsches Spiel getrieben werde. In einer anschließenden Besprechung im Wehrkreiskommando schlug Hitler vor, die Polizeidirektion in sichere Hand zu bekommen. Oberst Hunger, der vorher noch erklärt hatte daß man auf ihn zählen könne, habe Pöhner im Auftrage des Generalstaatskommissars für verhaftet erklärt. Auf Befragen erklärt Pöhner, er habe es für selbstverständlich betrachtet, daß man nötigenfalls die Absetzung der deutschen Reichsregierung mit Gewalt durchführen werde, und daß die bayrische Regierung abgesetzt werde. Er bitte den Staatsanwalt neuerdings, Ehrhardt als Zeugen zu vernehmen. Der Staatsanwalt erwiderte, das sei nicht möglich weil Ehrhardts Aufenthalt unbekannt sei. Der Staatsanwalt stellt hierauf Antrag auf Ausschluß der Oeffentlichkeit.

Die Unfähigkeit der französisch-belgischen Regie.

Von ihr selbst zugegeben.

Die französisch-belgische Eisenbahnregie hat folgenden Befehl an ihr Personal erlassen:

„Trotz wiederholter Ermahnungen läßt die Beförderung der Kohlen- und Güterzüge derart zu wünschen übrig, daß man sich fragen muß, ob die Beamten, die mit der Zusammenstellung und Beförderung der Züge beauftragt sind, ihrer Aufgabe gewachsen und imstande sind, sich von der Tragweite ihrer Fehler ein Bild zu machen. Die Züge sind schlecht zusammengesetzt, fahren mit Verspätung ab, werden an den Streckensignalen aufgehalten oder umgeleitet; ohne jeglichen Grund.

Die von mir für die Kontrolle beauftragten Zugbegleiter reichen mir Berichte ein, aus denen die Gleichgültigkeit des größten Teiles der Bahnhofsvorsteher, die nicht einmal den Willen haben, gegen solche Nachlässigkeiten einzuschreiten, deutlich hervorgeht, und man gewinnt den Eindruck vollständiger Unfähigkeit dieser Bahnhofsvorsteher.

Es ist unbegreiflich, daß derartige Vorkommnisse unter persönlicher Aufsicht dieser Beamten geduldet werden. Dieser gewissenlosen Arbeitsweise, die eines Fachbeamten unwürdig ist, muß unbedingt ein Ende gemacht werden. — Festgestellte Nachlässigkeiten werden von jetzt ab gründlich untersucht und die Verantwortlichen bestraft.

Der Vertreter des Präsidenten: Fraille."

Eine englische Note über die Militärkontrolle.

Paris, 26. Februar. Offiziell wird bestätigt, daß die britische Regierung der Botschafterkonferenz eine Note über die Militärkontrolle in Deutschland überreicht hat, welche der interalliierten Militärkommission in Versailles unter Vorsitz des Marschalls Foch übermittelt worden ist. Temps zufolge besteht der englische Vorschlag darin, die jetzige interalliierte Militärkommission, deren Aufgaben beendigt seien, durch einen Garantieausschuß zu ersetzen, ähnlich dem für Marine und Luftschiffahrt. Dieser Ausschuß solle eine vollkommene Inventur über die Rüstungen und alles, was sich auf militärische Einrichtungen in Deutschland an Menschen und Material bezieht, aufnehmen.

Was nach der Meldung des Temps beabsichtigt sei, wäre die Einsetzung einer neuen Kontrolle mit völlig neuen erweiterten Aufgaben. Es erscheint wenig glaubwürdig, daß die englische Regierung uns einen derartigen Eingriff in unsere Souveränität zumuten sollte.

Bluttat eines englischen Soldaten in Köln.

Ein englischer Soldat, der in Köln in einem Kaffeehaus skandalierte, wurde von der deutschen und englischen Militärpolizei verhaftet und zur Wache gebracht. Dort zog er plötzlich seinen Revolver, schoß auf den Wachthabenden und erschoß dann, ehe ihn jemand daran hindern konnte, seinen ihn begleitenden Hund und sich selbst. Der Wachthabende liegt schwer verwundet im Militärlazarett.

SLUB
Wir führen Wissen.